



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Bach, Alfred: Bürokratie!

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Bürokratie!

Von Regierungsbaurat Alfred Bach

Bei dem Finanzelend, in dem sich Deutschland seit dem Novemberzusammenbruch 1918 in unaufhörlichem Fortschreiten befindet, haben in den jüngst vergangenen Wochen zwei innere Erscheinungen alle Gemüter lebhaft bewegt. Das sind die neuen Beamtenbesoldungszahlen und das Kreditangebot der Industrie. Die neuen Gehaltsforderungen scheinen uns finanziell noch mehr zu belasten, während das Angebot der Industriekredithilfe einen Ausweg zum Aufstieg, zur Gesundung unserer Finanzen sein will. Was auf der einen Seite den Beamten gegeben wird, soll auf der anderen Seite durch die Forderung der Industrie nach Reform der Verwaltung in die richtigen Kanäle volkswirtschaftlich geleitet werden. Hier begegnen sich Industrie und Beamte auf gleichem Boden, beide wissen genau, daß eine Reform unserer Verwaltung, die nach Art kaufmännischer Betriebsführung nicht den Wert auf dauernde Überkontrolle, sondern auf produktive Auswertung der Arbeitskraft legt, dem Reiche ungezählte Millionen erhalten wird. Aber die Reform darf nicht auf dem Verordnungswege von oben erfolgen, wie das jetzt noch immer beliebt ist, sondern muß nach Gehör auch der Vorschläge von unten, vor allem nach Prüfung und Besprechung solcher Vorschläge erfolgen.

Die deutsche Beamenschaft scheidet sich im großen in zwei Lager, auf der einen Seite die rein formalverwaltungsmäßige, juristisch-kameralistische Denkweise, auf der anderen Seite die kaufmännisch-wirtschaftlich technische Denkweise. Die erste verfügt noch, dank ihrer längeren Lebensdauer im Staat, über die Macht, sie stellt die sogenannte Bürokratie dar, die andere, welche vor allem im Privatleben groß geworden ist, ist im Staat noch nicht zu gebührendem Einfluß gelangt, kämpft und ringt heiß, um auch im Staate technisch-wirtschaftlicher Denkweise zum Durchbruch zu verhelfen — leider wieder einmal ohne Erfolg, wie in nachstehendem im besonderen noch nachgewiesen werden soll.

Im Jahre 1919 wurde, dem Reichsschatzministerium nachgeordnet, die 3. Abteilung der Landesfinanzämter gegründet, welcher neben dem Verpflegungs-, Bekleidungs- und Unterkunftsweesen der Reichswehr noch die Verwaltung der reichseigenen Liegenschaften zugeteilt war. Für letztere Zwecke bestanden Reichsvermögensämter und -stellen, erstere geleitet durch einen höheren Techniker (Regierungsbaurat). Anfänglich herrschte starke Reibung in diesen Ämtern, weil früher — bei der alten Heeresverwaltung — gleichgeordnete Stellen zusammen geschweift und einem höheren Techniker unterstellt wurden. Diese Reibungen wurden überwunden, die Verwaltung hat sich nach und nach gut eingespielt, technisch wirtschaftliches Verwalten siegte über die formale Bürokratie. Daß natürlich hier und da Verjäger eingetreten sind, ist bei der großen Anzahl der Beamten, die wahllos übernommen wurden, kein Wunder. Schwieriger war das Arbeiten mit der htr. Abteilung III der Landesfinanzämter, diese waren, aus den alten Intendanturen hervorgegangen, zu stark mit Beamten im Verhältnis der nachgeordneten Stellen besetzt und mußten daher durch Anforderungen von Tabellen, Nachweisungen usw. dauernd für Beschäftigung sorgen. Wenn diese Abteilungen etwa auf ein Drittel der Kopfszahl eingeschränkt worden wären, wenn in diesen der Techniker und nicht der meist rein formalistisch denkende ehemalige Intendanturbeamte gegessen hätte, so wäre noch erspriesslicher gearbeitet worden als schon geschehen ist.

Nun erscheint unterm 29. Oktober 1921 eine Verfügung des Reichsschatz- und Reichsfinanzministeriums, genannt „Umstellung der Reichsschatzverwaltung“, die den Sieg reinsten Bürokratie bedeutet und dem Reiche viele Millionen kostet. Durch diese genannte Verfügung vom 29. Oktober wird diese mühsam geschaffene Einrichtung zerschlagen, eine reine Liegenschaftsverwaltung und eine reine Bauverwaltung geschaffen, erstere unter vorwiegend juristischer, letztere unter tech-

nischer Leitung. Die formale Bürokratie hat einen Sieg erfochten, sehr zum Nachteil des deutschen Steuerzahlers. Und gerade die Industrie, die solche Verhältnisse am besten beurteilen kann, sucht für die Verwaltung ihrer Liegenschaften und den Bau in den Fachzeitschriften Techniker. Soweit allgemein!

Nun zum Zahlenmäßigen, um die Verschwendung an menschlicher Arbeitskraft, an Beamten zu zeigen. Greifen wir einmal zwei Landesfinanzämter heraus: Königsberg und Leipzig. In Königsberg sitzen im Landesfinanzamt für die zukünftige Liegenschaftsverwaltung 6 höhere (juristische usw.) und 24 mittlere Beamte; diese führen die Dienstaufsicht über 25 mittlere Beamte im Lande, also jeder Beamte unten hat einen Aufpasser oben, dazu noch 6 höhere Beamte. In Leipzig 3 höhere und 13 mittlere als Aufsicht über 13 mittlere im Lande. Das heißt produktive Arbeit und Reform der Verwaltung! Dieses Verhältnis ist fast das gleiche im ganzen Lande; es stehen rund 95 höhere und 383 mittlere Beamten der L. F. A., also zusammen 478 Beamte, rund 582 im Lande gegenüber, also beinahe wieder auf jeden Kopf ein Aufsichts- bzw. Kontrollbeamter. Die große Zahl der Unterbeamten lasse ich dabei ganz aus dem Spiel. Wohin käme die Industrie, wenn hinter jedem Arbeiter, Werkmeister, Buchhalter, Betriebsleiter wieder ein solcher zu Kontrollzwecken stände? Im Landesfinanzamt Leipzig z. B. wird jetzt die Verwaltung der Liegenschaften in Abt. G von einem höheren und vier mittleren Beamten versorgt. Das Arbeitsgebiet mindert sich in Zukunft noch mehr ab, das Heereswesen ist bereits in Wegfall gekommen, die Angelegenheiten der Landespolizei sollen dem Vernehmen nach Sache der Länder werden, trotzdem lauten die neuen Forderungen auf drei höhere (juristische usw.) und 13 mittlere Beamte. Rechnet man einmal ganz bescheiden für diese 95 + 383 + 582 Beamten ein Durchschnittsgehalt von 30 000 Mark, so ergibt sich eine Jahresausgabe von rund 29 Millionen Mark.

Nebenher gründet man 85 Reichsbauämter, dazu Bauabteilungen in den 26 Landesfinanzämtern. Ich bin nun aus eigener Erfahrung der Ansicht, wenn jedes Reichsbauamt, das dann in Zukunft Reichsbau- und Liegenschaftsamt heißen könnte, mit je einem Verwaltungsbeamten für Kassenwesen und einem für Liegenschaften besetzt würde, so wäre der Bedarf zunächst gedeckt. Weiterhin soll man ruhig noch die Bauabteilungen der L. F. A. mit 4 mittleren Beamten besetzen, die nur für die Liegenschaftsverwaltung arbeiten sollen. Endlich soll man für große Orte usw. noch 104 mittlere Liegenschaftsbeamte bestellen, dann wären an Stelle der geforderten 960 nur 400 Beamte erforderlich, welche bei entsprechender Auswahl die Arbeit leisten würden. Das Reich würde noch rund 18 Millionen an Gehältern ersparen. In den L. F. A. wäre ein juristischer Beamter nebenher als Justitiar für die Bau- und Liegenschaftsabteilung tätig. Finanzämter, Landespolizei, Versorgungsämter hätten alle die Liegenschaften zu verwalten, die sie allein benutzen. Die übrig bleibenden 560 Beamten gingen restlos in der Verwaltung der Steuern, Zoll- und Versorgungswesen auf. Diese Ämter arbeiten mit einer großen Menge von Privatangestellten, die besser der produktiven Tätigkeit in ihren früheren Berufen zurückgegeben werden könnten, ohne arbeitslos zu werden, und die Behörden selbst erhielten einen erfreulichen Zuwachs an guten Beamten. Da die freiwerdenden Angestellten annähernd gleiche Besoldung erhalten, würden weitere 18 Millionen erspart. Die neue Regierungsmaßnahme, dieser Sieg der krassesten Bürokratie über allen Fortschritt, über technisch wirtschaftliches Denken kostet dem Reich jährlich 36 Millionen Mark.

Hoffentlich nehmen unsere Reichstagsboten aller Parteischattierungen diese neue Regierungsmaßnahme unter die Lupe und helfen insofern beim Aufbau, daß sie solche Anordnungen wirtschaftlich prüfen. Sonst fließen unsere letzten Mittel alle durch das selbe Loch, sonst wird im Volke immer mehr das Bewußtsein gestärkt, daß der Beamte nur Selbstzweck und nicht Mittel zum Zweck ist.